

Holzarbeiter-Zeitung

Nr. 23
37. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Berlin,
8. Juni 1929

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. / Der Bezugspreis beträgt monatlich 50 Pfennig. Zu beziehen durch sämtliche Postanstalten. Die Mitglieder des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kautzer, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.
Telefon: Ulm Jannowitz 6246.

Gewerbesteueranfragen werden nach Tarif berechnet.
Arbeitervermittlungen 50 Pfennig die Millimeterzeile.
Verbandsanzeigen kosten 30 Pfennig die Millimeterzeile.

Die Würfel sind gefallen!

Kriegserklärung des Arbeitgeberverbandes

Was wir in der vorigen Woche als wahrscheinlich angedeutet haben, ist Tatsache geworden: der Arbeitgeberverband hat den Mantelvertrag und die Lohnschiebsprüche abgelehnt. Das war keine Zufallsentscheidung. Die Vertreterversammlung des Arbeitgeberverbandes war sich der Tragweite ihres Beschlusses voll bewusst. Sie kannte die Konsequenzen ihrer Entscheidung. Auf den Arbeitgeberverband allein fällt die Verantwortung für die Folgen, welche sein Beschluß nach sich ziehen muß.

Während der ganzen Dauer der langwierigen Verhandlungen wurden die Vertreter der Unternehmer nicht müde, die Lage des Holzgewerbes als so kritisch zu schildern, daß jede Erschütterung zur Katastrophe führen müsse. Wir lassen es dahingestellt, inwieweit diese Klagen berechtigt sind. Aber festgehalten muß werden, daß der Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes selbst diese Erschütterung hervorgerufen hat, von der er für seine Mitglieder und die Unternehmer des Holzgewerbes angeblich so katastrophale Folgen befürchtet.

Das ist keine leere Phrase, wie man sie nach Ausbruch eines Krieges so oft hört, wenn jede Partei der anderen die Schuld an den Ereignissen beimessen will. Die Ursache des Konflikts im Holzgewerbe ist der Mantelvertrag, den der Arbeitgeberverband nun zum dritten Male abgelehnt hat. Man darf wohl annehmen, daß der Arbeitgeberverband bei der Auswahl seiner Vertreter in der Verhandlungskommission mit besonderer Sorgfalt vorgegangen ist. Es wäre eine Beleidigung für diese Herren, wenn man ihnen nachsagen wollte, daß ihnen das Verständnis für die Nöte und die Bedürfnisse des Holzgewerbes fehle.

Diese prominenten Herren im Vorstand des Arbeitgeberverbandes haben den Mantelvertrag, so wie er der Entscheidung der Vertreterversammlung vorlag, als tragbar, als eine brauchbare Grundlage zur Regelung der Arbeitsbedingungen erklärt. Und trotzdem wurde der Mantelvertrag dreimal von der beschließenden Körperschaft der Unternehmerorganisation abgelehnt! Dreimal hat der Arbeitgeberverband seinem Vorstand das Instrument um die Ohren geschlagen, das die ihrer Verantwortung bewußten Führer der Unternehmer als durchaus geeignet zur Wahrung des Wirtschaftsfriedens bezeichnet und sicher auch mit allem Nachdruck verteidigt haben. Wen die Schuld trifft für die nun eingetretene Störung des Wirtschaftsfriedens, liegt klar zutage.

Gewiß haben die Verhandlungsführer des Arbeitgeberverbandes den Schiedspruch über die Regelung der Lehrlingsverhältnisse, der einen Bestandteil des Mantelvertrages bilden sollte, abgelehnt, und wir haben mit der Ablehnung dieses Vertragsstückes durch die Beschlußkörperschaft des Arbeitgeberverbandes gerechnet. Aber dieser Punkt war nicht der entscheidende. In Voraussicht der kommenden Sommer waren Schritte in die Wege geleitet, die mit hoher Wahrscheinlichkeit zur Durchführung auch dieses Vertragsstückes geführt hätten, auf den unser Verband keineswegs verzichtet wird. Der Mantelvertrag ist gescheitert an Bestimmungen, denen der Vorstand des Arbeitgeberverbandes ausdrücklich zugestimmt hatte.

Auch der Lohnschiebspruch ist vom Arbeitgeberverband abgelehnt worden. Bedeutete dieser Spruch, der dem über 22 Jahre alten Facharbeiter in der höchsten Ortsklasse eines jeden Bezirks eine Erhöhung des Nominallohnes von 4 Pf. und am 1. November weitere 2 Pf. bringen sollte, wirklich eine so unerträgliche Belastung? Unsere Kollegen in einer Reihe von Städten haben diese Lohnzulage als völlig unzureichend gefunden und entsprechend votiert. Die Mehrheit unserer Verbandsvertreter hat den Spruch angenommen, nicht weil sie die Lohnerhöhung als befriedigend fand, sondern um das gesamte Vertragswerk nicht zu gefährden und den Frieden zu erhalten.

Wenn von der Notlage des Holzgewerbes geredet wird, dann werden die Arbeiter von dieser Notlage doch weit härter betroffen als die Unternehmer. Diese haben die Nöte monatelanger Arbeitslosigkeit noch nicht am eigenen Leibe verspürt. Sie wissen nichts von den Sorgen der Arbeiterfrau, die den Lohn, den ihr Mann während der Wochen der Beschäftigung heimbringt, sorgsam einteilen muß, um damit über die oft viel längere Dauer der Arbeitslosigkeit hinwegzukommen. Die nominelle Lohnerhöhung des Schiedspruches ist doch bereits vorweg zu einem großen Teil absorbiert durch die seit der letzten Lohnregelung eingetretene Steigerung der Lebenshaltungskosten. Die Befürchtung, daß bis zu dem in Aussicht genommenen Ablauf des Lohnabkommens der reale Wert der Lohnaufbesserung sich verflüchtigt haben werde, ist durchaus nicht von der Hand zu weisen. Die Unternehmer haben aber den Schiedspruch abgelehnt, sie sind es, die das Ergebnis der langwierigen Verhandlungen zerschlagen haben.

Wir haben in der vorigen Nummer über die Tätigkeit des Lohnamtes und das Zustandekommen der Lohnschiebsprüche berichtet. Was nachher kam, ist schnell erzählt. Der Arbeitgeberverband hatte seine Generalversammlung nach München berufen. Er hat sich aber dann genötigt gesehen, diese Tagung am 1. Juni in Berlin abzuhalten. Für den gleichen Tag hat unser Verbandsvorstand eine Konferenz der Städtevertreter berufen. Man hoffte, die Mitteilung über die gefaßten Beschlüsse noch an diesem Tage austauschen zu können, wenn auch die Erklärungsfrist erst am 2. Juni, mittags 12 Uhr, abließ.

Am Nachmittag des 1. Juni traten auch die Vertreter der Parteien in Verbindung, aber noch war beim Arbeitgeberverband die letzte Entscheidung nicht gefallen. Auf seinen Wunsch trat die Verhandlungskommission noch einmal zusammen. Die Vertreter der Unternehmer versuchten, von dem vorliegenden Verhandlungsergebnis bzw. den Schiedsprüchen noch etwas abzuhandeln, um es ihren Auftraggebern schmachhafter zu machen. Es war weit nach Mitternacht, als sich die Parteien trennten. Ein Ergebnis war nicht erzielt und konnte auch nicht erzielt werden. Unsere Kollegen wären schließlich bereit gewesen, um der Erhaltung des Friedens willen, in der Frage der Kündigung bei Lösung des Arbeitsverhältnisses eine Konzession zu machen. Aber das genügte den Unternehmern nicht. Noch in der gleichen Nacht lehnte der Arbeitgeberverband den Mantelvertrag und die Lohnschiebsprüche ab.

Diese Entscheidung war die Kriegserklärung des Arbeitgeberverbandes, und sie nötigte

unsere Kollegen, sofort die der Sachlage entsprechenden Beschlüsse zu fassen. Mantelvertrag und Lohnabkommen sind erledigt, wir nehmen den Kampf auf zur Durchführung der ursprünglichen Forderungen. Das Ziel des Kampfes ist die Schaffung eines neuen, besseren Reichstarfs.

Dieses Ziel muß fest ins Auge gefaßt werden. Es geht nicht um die Erledigung dieser oder jener örtlichen Streitfrage. Auch durch zu erwartende Provokationen der Unternehmern dürfen wir uns von der Linie, die wir uns vorgezeichnet haben, nicht ablenken lassen. Die statutarische Bestimmung, welche die Oberleitung der Lohnbewegung in die Hand des Verbandsvorstandes legt, gewinnt für diesen Kampf besondere Bedeutung. Bei der Stimmung der Kollegenschaft im Reich ist ein Aufheuern zur Aufnahme des Kampfes nicht erforderlich. Viel notwendiger ist es, die Ruhe zu bewahren. Der Streikbrecher, der seine Kollegen im Stich läßt, ist ein Schädling; für die Bewegung nachteilig ist es aber auch, wenn die Arbeit entgegen den Weisungen der berufenen Verbandsorgane eingestellt wird.

Die Leitung des Kampfes stellt an den Verbandsvorstand, an die Gewerkschaften und die sonstigen Verbandsfunktionäre außerordentliche Anforderungen, sie müssen unausgesetzt auf ihrem Posten sein. Der Verbandsvorstand hat deshalb beschlossen, den Verbandstag, der auf den 16. Juni nach Bremen einberufen war, zu vertagen. Er wird an einem noch zu bestimmenden Termin im Herbst zusammentreten.

Mit dem 2. Juni sind der seitherige Mantelvertrag und die Lohnabkommen endgültig abgelaufen. Wo sie bisher galten, besteht jetzt ein vertragloser Zustand. Es ist sicher zu erwarten, daß dieser Zustand auch von den Unternehmern ausgenutzt wird. Falsch wäre es, jeden Versuch, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, mit der sofortigen Arbeitseinstellung zu beantworten. Solche Provokationen können auch mit anderen Mitteln bekämpft werden; hier gilt es, kaltes Blut zu bewahren und den Weisungen der Verbandsleitung zu folgen. Wichtig für jeden Kollegen ist es, zu wissen, daß der auf Grund des seitherigen Mantelvertrages erworbene Anspruch auf Ferienfortbesteht und geltend gemacht werden kann. Es ist damit zu rechnen, daß einzelne Unternehmer den Arbeitern mitteilen, daß das Arbeitsverhältnis gelöst sei und ein neues Arbeitsverhältnis beginne. Wo eine derartige Kundgebung erfolgt, müssen die Kollegen, entweder jeder allein oder gemeinsam, durch den Betriebsrat ihren Anspruch auf Ferien geltend machen. Geschieht dies nicht binnen fünf Tagen, dann geht der Anspruch verloren.

Der Kampf im deutschen Holzgewerbe hat begonnen. Fester Zusammenhalt der Kollegenschaft ist jetzt nötiger als je. Mit Ruhe und Kaltblütigkeit muß der Kampf geführt werden. Von jedem einzelnen wird jetzt in erhöhtem Maße Mut, Opferfreudigkeit und selbstlose Hingabe an die gemeinsame Sache gefordert. Ganz besonders notwendig sind aber straffe Disziplin und Berührungen zur Leitung. Voller Zuversicht nehmen wir den uns aufgezwungenen Kampf auf, der uns den erhofften Erfolg bringen wird.

Unser der Sieg!

Um was es sich in Paris handelt.

Von G. Wienstock.

Schon vier Monate dauern die Verhandlungen in Paris, und noch ist in dem Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden, kein Ergebnis da. Unsere Aufgabe kann deshalb auch nicht darin bestehen, zu diesem noch nicht feststehenden Endergebnis Stellung zu nehmen. Übrigens hat uns die Geschichte der Reparationsverhandlungen, wenn überhaupt etwas, so doch dieses gelehrt: Dieses Problem ist in einem stetigen Fluß befindlich, die einzelnen Lösungen sind keine endgültigen, unabänderlichen Entscheidungen, sondern bloß Entwicklungsstufen. Und wir können ruhig schon heute sagen: Paris bedeutet, gleichviel, wie die dort gefällte Entscheidung aussieht, und ob überhaupt eine solche zustande kommt, nur eine Etappe, nur eine Durchgangsstation auf dem Wege zur endgültigen Liquidierung aller wirtschaftlichen und damit auch aller politischen Kriegsfolgen, soweit sie eben liquidiert werden können. Die Aufgabe dieser Zeilen ist nun, zu zeigen, um welche Teilprobleme es sich bei der Pariser Sachverständigenkonferenz gehandelt hat, und wie sich diese Teilprobleme in das Gesamtbild des Reparationsproblems einordnen.

Zunächst gilt es, die Grenzen des Reparationsproblems zu umreißen. Es sind im wesentlichen hier drei Grundfragen zu lösen: Wer soll die Kriegskosten zahlen, in welchem Umfang und auf welche Weise? Die erste von diesen Fragen ist ja durch den für Deutschland unglücklichen Ausgang des Krieges in eindeutiger Weise entschieden. Es handelt sich nur um das **Wieviel** und um das **Wie**. Aber auch in der Frage des Umfangs der deutschen Reparationslasten sind gewisse, unter den heutigen Umständen wenigstens, unverrückbare Grenzen gegeben: Deutschland kann nicht und wird nicht mehr zahlen, als der Dawes-Plan vom 9. April 1924 es vorschreibt, d. h. 2500 Millionen Mark im Normaljahre. Deutschland wird aber auch nicht weniger zahlen können, als die früheren Alliierten an die Vereinigten Staaten infolge ihrer Kriegverschuldung zu zahlen haben. Diese letztere Summe kann nicht ganz genau angegeben werden (sie beträgt nach ihrem jetzigen Kapitalwert etwa 25 bis 29 Milliarden Goldmark), es handelt sich aber um eine durchschnittliche Jahreszahlung von rund 1 Milliarde Goldmark. Zu dieser Goldmilliarde kommen aber außerdem noch die Zinsen für die sogenannte Dawes-Anleihe, die durchschnittlich rund 100 Millionen Mark betragen.

Die untere Grenze der Reparationslast Deutschlands, unter die unter den jetzigen Verhältnissen nicht heruntergegangen werden kann, beträgt also 1,1 Milliarden Mark, die obere Grenze 2,5 Milliarden Mark. Wie wir sehen, ein ziemlich weites Spielraum von fast 1 1/2 Milliarden Mark. Dazu kommt noch, daß die deutsche Delegation aus erklärlchen Gründen bestrebt ist, die Dauer der Reparationszahlungen zu beschränken, und dabei 37 Jahre als die äußerste Grenze dieser Dauer in die Diskussion hineingeworfen hat, während die Vertreter der Gläubigerstaaten die Anzahl der Jahreszahlungen auf 58 ausdehnen wollen. Beide Ziffern sind natürlich nicht zufällig gewählt — wie überhaupt hinter jedem Ziffernangebot der beiden Delegationen jedesmal eine tiefbegründete Überlegung steht: Das deutsche Angebot geht davon aus, daß in den nächsten 37 Jahren die 16 Milliarden der Eisenbahn- und Industrieobligationen nach dem Dawes-Plan getilgt sein werden, die Gläubiger wollen die deutschen Reparationsleistungen ebensolange andauern lassen, als sie selbst an Amerika zu zahlen haben. Wenn man von den Jahreszahlungen auf die Kapitalschuld schließen soll, so entspricht dem Dawes-Plan eine — übrigens nie offiziell festgelegte — deutsche Reparationslast von etwa 42 bis 45 Milliarden Mark. Die Gläubiger forderten in Paris anfangs etwa 39,5 Milliarden, die deutschen Sachverständigen boten anfangs etwa 36 Milliarden Mark. Auch hier offensichtlich noch ein großer Unterschied zwischen beiderseitigen Standpunkten.

Ebenso wichtig, wie wir sogar geneigt zu sagen, viel wichtiger als die Frage der Ziffern, der Höhe der Reparationslast, ist das Problem der tatsächlichen Übertragung der deutschen Zahlungen an das Ausland. Deutschland hat bisher den Vorschlag des sogenannten Transferschusses geworfen. Man hat nämlich streng zwischen dem Aufbringen der deutschen Reparationszahlungen nach dem Dawes-Plan in deutscher Währung im Inlande einerseits und der Übertragung der auf diese Weise aufgetragenen Summen in fremder Währung ins Ausland andererseits unterschieden. Solche Übertragungen sollten lediglich dann stattfinden, wenn und solange das der deutschen Währung nicht schaden konnte. Im Falle einer Gefährdung der deutschen Währung durch Anlauf von fremden Devisen seitens des Reparationsagenten mußten alle Übertragungen von deutschen Reparationszahlungen ins Ausland zeitweilig aufhören und sogar unter gewissen Umständen auch die Ansammlung von Reparationsgeldern im Inlande abgestoppt werden. Dieser Schutz der deutschen Währung und mittelbar der ganzen deutschen Volkswirtschaft vor dem übermäßigen Druck der Reparationslast war eine Großtat der Dawes-Sachverständigen. Aber auch mußte sich Deutschland eine ganz wesentliche Einschränkung seiner Staatshoheit auf dem Gebiete der Geldbewirtschaftung der Währung und der Eisenbahnwirtschaft gefallen lassen. Nun soll Deutschland für einen bestimmten Teil seiner Jahreszahlungen auf diesen wichtigen Transferschuss verzichten und dafür einen Teil seiner durch den Dawes-Plan bestimmten Staatshoheit wiedererlangen. Es handelt sich hier, wie schon vorher erwähnt, um ein äußerst wichtiges und nun ein äußerst aktuelles Problem. Denn wie groß schließlich die deutschen Reparationszahlungen werden und wie lange sie andauern werden, wird letzten Endes, bei aller

Achtung vor internationalen Verträgen, von der künftigen weltwirtschaftlichen und politischen Situation abhängen. Auf welche Weise und in welchen Formen die deutsche Volkswirtschaft aber in den nächsten Jahren diese Zahlungen wird aufbringen und übertragen müssen, das wird gegenwärtig unmittelbar in Paris entschieden. Und von dieser Entscheidung hängt sehr viel für das deutsche Volk ab.

Schließlich hat man in Paris viel über die „Kommerzialisierung“ der deutschen Reparationsschuld gesprochen. Darunter versteht man im wesentlichen die Verwandlung der deutschen Reparationsschuld aus einer Schuld an die Regierungen der Gläubigerstaaten in eine solche an Privatkapitalisten, hauptsächlich an amerikanische, teilweise auch englische und andere Privatgläubiger. Der Vorteil einer solchen „Privatisierung“ der deutschen Reparationsschuld würde vor allem darin bestehen, daß damit auch von selbst jede Möglichkeit einer Einflußnahme und eines gewalttätigen Eingriffes seitens der ehemaligen Feindstaaten entfallen würde. Diese Staaten hätten eben alle ihre Forderungen an Deutschland an die Privatkapitalisten verkauft und sich damit gänzlich aus der ganzen Affäre hinausgezogen. Deutschland wäre in diesem Falle andererseits einer Menge von Privatkapitalisten als Gläubiger in der ganzen Welt gegenübergestellt, mit denen es nicht so leicht, ja beinahe unmöglich wäre, etwaige Vereinbarungen über Herabsetzung der deutschen Schuld abzuschließen. Deshalb kommt für Deutschland eine solche Kommerzialisierung nur für einen ganz fest umgrenzten Teil der Reparationsschuld in Betracht. Übrigens kann es sich in Paris lediglich um ein grundsätzliches Einverständnis über eine Teilmobilisierung der deutschen Reparationsschuld handeln. Denn die Unterhändler in Paris können darüber beschließen, was sie wollen: ob tatsächlich das Privatkapital, die Hunderte und Tausende von Groß-, Mittel- und Kleinkapitalisten in Amerika und Europa sich dazu bereit finden werden, deutsche Schuldverschreibungen im Wert von mehreren Milliarden zu übernehmen, das wird lediglich von der Situation auf den Kapitalmärkten ab-

hängen, auf die die Regierungen nur einen mittelbaren Einfluß ausüben können. Im Zusammenhange mit dem Plane der Kommerzialisierung ist auch der Gedanke der Schaffung einer internationalen Reparationsbank aufgetaucht, über den noch ausführlicher gesprochen werden muß. Die Hauptaufgabe dieses Finanzinstitutes wird eben die Verwaltung und Übertragung der deutschen Reparationsleistungen und ihre eventuelle Mobilisierung sein. Die Reparationsbank würde somit zugleich den wichtigsten Aufgabenkreis des heutigen Reparationsagenten übernehmen.

Ein Problem ist in Paris wenigstens offiziell nicht behandelt worden, und doch ist dieses Problem von entscheidender Bedeutung für die künftige Entwicklung der Reparationsfrage. Wir meinen das Problem der „alliierten“ Schulden an die Vereinigten Staaten. Man ist in Paris anscheinend stillschweigend davon ausgegangen, daß England, Frankreich, Italien und die kleinen Gläubiger im Laufe des nächsten halben Jahrhunderts große Geldebeträge nach den Vereinigten Staaten abführen werden, die sie, mangels anderer Deckung, ihren Haushalten zu entnehmen haben. Schon der Dawes-Plan hat bei der Festlegung der deutschen Jahreszahlungen, ohne ausdrücklich darüber zu reden, Deutschland tatsächlich als haftpflichtig für diese „alliierten“ Leistungen an Amerika gemacht. Seit dem Bericht der Dawes-Sachverständigen ist die „interalliierte“ Schuldenlast stillschweigend zu einem Bestandteil der deutschen Reparationsschuld geworden. Die Vereinigten Staaten aber haben bis jetzt jede Verquickung dieser beiden Schuldenlasten ziemlich schroff abgelehnt. Es scheint aber, daß Paris insoweit auf diesem Gebiete einen Fortschritt bedeutet, als hier zum erstenmal, ohne Protest seitens Amerikas, als Ausgangspunkt zur Kalkulation der deutschen Reparationsschuld diese interalliierte Verschuldung in offener Weise genommen wurde. Hier wird also Deutschland den Vereinigten Staaten zum erstenmal tatsächlich, wenn auch nicht formell, als Schuldner gegenübergestellt. Damit ist aber schon eine bedeutende Klärung des Problems erreicht.

Ergebnisse der amtlichen Lehrlingszählung.

Die Betriebs- und Berufszählung am 16. Juni 1925 hat 986 567 Lehrlinge festgestellt. Da die Gesamtzahl der beschäftigten Personen (Arbeiter, Angestellte, Unternehmer) 18 749 583 betrug, kamen auf je 100 Personen 5,3 Lehrlinge. In den fünf Gewerbeabteilungen betrug der Lehrlingsanteil: Gärtnerei, Tierzucht und Fischerei 5,5, Industrie und Handwerk 7,5, Handel und Verkehr 0,3, Theater-, Musik- und Schaustellungsgewerbe 0,4 und im Gesundheitswesen und hygienischen Gewerbe 3,5 Prozent. In den 26 Gewerbegruppen schwankt der Lehrlingsanteil zwischen 0,04 Prozent im Versicherungsgewerbe und 14,6 Prozent in der Eisen-, Stahl- und Metallwarenindustrie. An zweiter Stelle von oben steht das Holz- und Schnitzstoffgewerbe mit 13,6 Prozent. In der Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie liegt der Lehrlingsanteil mit 4,6 Prozent unter dem Gesamtdurchschnitt.

Bei der Betrachtung dieser und aller anderen Zahlen muß jedoch beachtet werden, daß von der Gesamtzahl der tätigen Personen ausgegangen wird, und nicht von der Zahl der Arbeiter, was naheliegender und einzig richtig ist. Daß das Statistische Reichsamt in seiner Veröffentlichung in „Wirt-

schaft und Statistik“ nicht die Zahl der Lehrlinge mit der aller Arbeiter vergleicht, ist unverständlich. Nur für einige Betriebsgrößen verschiedener Gewerbegruppen wird dies gemacht. Dabei ergibt sich, daß in der Tischlerei in Betrieben mit 1 bis 3 Personen auf 19 919 Arbeiter 23 503 Lehrlinge kommen, und in Betrieben mit 4 und 5 Personen sind es 21 761 Arbeiter und 25 130 Lehrlinge. In den Mittel- und Großbetrieben sind wieder mehr Arbeiter als Lehrlinge beschäftigt. Nach den bisher veröffentlichten Ergebnissen der Betriebszählung beschäftigte die Holzindustrie im Jahre 1925 727 099 Arbeiter, davon waren 142 660 gleich 19,6 Prozent Lehrlinge. Ganz stimmen diese Zahlen auch noch nicht, da die erste nur die Holzspielwarenarbeiter mit umfaßt, die Lehrlingszahl dagegen bezieht sich auf die ganze Spielwarenindustrie. Aber so viel ist sicher, daß die Vergleichsmethode des Statistischen Reichsamts zu ganz falschen Schlüssen führt. Wenn die Ergebnisse der amtlichen Zählung restlos veröffentlicht sind, was nun hoffentlich bald geschieht, werden wir genaue Berechnungen anstellen.

Nachstehende Zusammenstellung zeigt die Verteilung der Lehrlinge insgesamt und verteilt auf die Betriebsgrößen.

Personen und Lehrlinge in Industrie und Handwerk nach Betriebsgrößen.

	Zahl der beschäftigten Personen		Zahl der beschäftigten Personen nach Betriebsgrößen							
	überhaupt	davon Lehrlinge	In Betrieben mit ... Personen							
			bis 5		6 bis 10		10 bis 50		über 50	
		überhaupt	davon Lehrlinge	überhaupt	davon Lehrlinge	überhaupt	davon Lehrlinge	überhaupt	davon Lehrlinge	
Holzgewerbe	1007783	137048	360527	70780	124970	30177	272344	25863	249942	10228
Prozent	—	13,6	—	19,6	—	24,1	—	9,5	—	4,1
Musikinstrumente und Spielwaren.	123070	5612	29582	984	6583	624	26172	1854	60733	2150
Prozent	—	4,6	—	3,3	—	9,5	—	7,1	—	3,5
Holzindustrie insgesamt	1130853	142660	390109	71764	131659	30801	298316	27717	310876	12378
Prozent	—	12,6	—	18,4	—	23,4	—	9,3	—	4,0
Gesamtwirtschaft	18749583	986567	5541848	396595	1486904	162953	3533228	205243	8187603	221776
Prozent	—	5,3	—	7,2	—	11,0	—	5,8	—	2,7

In der Holzindustrie (Holz- und Schnitzstoffgewerbe und Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie) wurden 142 660 Lehrlinge gleich 12,6 Prozent der insgesamt tätigen Personen gezählt. Zahlenmäßig am stärksten sind die Lehrlinge in den Betrieben bis 5 Personen, ihre Zahl beträgt hier 71 764 gleich 18,4 Prozent. Die Betriebsgrößenklasse von 6 bis 10 Personen beschäftigt 30 801, absolut weniger als die erste, verhältnismäßig aber mehr, nämlich 23,4 Prozent. Die Mittelbetriebe (10 bis 50 Personen) beschäftigen 27 717 gleich 9,3 Prozent und die Großbetriebe (50 und mehr Personen) 12 378 gleich 4,0 Prozent Lehrlinge.

Das Statistische Reichsamt hat weiter Berechnungen über die Zahl der Lehrlinge in den Handwerksbetrieben angestellt. Dabei zählt es zum Handwerk alle Betriebe mit bis zu 10 Personen. Das Ergebnis für das Holzhandwerk ist in der Tabelle auf der nächsten Seite zusammengestellt.

Das Holzhandwerk beschäftigte danach im Juni 1925 insgesamt 444 494 Personen (Arbeiter, Angestellte, Unternehmer), davon waren 100 500 gleich 22,6 Prozent Lehrlinge. Die Hauptmasse der Lehrlinge, mehr als zwei Drittel, ist in Handwerksbetrieben beschäftigt. Viele Handwerksmeister beschäftigen nur Lehrlinge. Mit Recht sagt das Statistische Reichsamt: „In den kleineren und mittleren Handwerksbetrieben wird der Lehrling — besonders der ältere Lehrling in den letzten Lehrjahren — als billige

Arbeitskraft geschätzt, die für die Höhe der Produktionskosten des einzelnen Betriebes eine bedeutende Rolle spielt.“

Der Gesamtdurchschnittsprozentsatz von 22,6 wird von der Tischlerei mit 28,4 übertraffen. Verhältnismäßig am kleinsten ist der Lehrlingsanteil in der Knopfmacherei mit 3,7 Prozent. Von den Betriebsgrößenklassen beschäftigen die Betriebe mit 4 und 5 Personen absolut und verhältnismäßig die meisten Lehrlinge, nämlich 32 599 gleich 33,8 Prozent. Auch die Betriebe mit 6 bis 10 Personen beschäftigen absolut und verhältnismäßig mehr Lehrlinge als die kleinsten Betriebe mit 1 bis 3 Personen. Rechnet man die Unternehmers ab, so beschäftigen verschiedene Berufe mehr Lehrlinge als Gesellen. Wie die Dinge in der Tischlerei liegen, haben wir oben ausgeführt.

Die Frage, wie die Lehrlingshaltung in den letzten Jahren gewachsen ist, läßt sich nicht genau beantworten, da das Gebiet der Holzindustrie bei den früheren amtlichen Berufs- und Betriebszählungen anders abgesteckt war als 1925. Aber ein gewisser Vergleich läßt sich doch ziehen. 1907 wurden in der Holzindustrie 74 415 Lehrlinge gezählt, 1925 dagegen 142 660. Ihre Zahl hat sich also fast verdoppelt. In der Tischlerei wurden 1907 48 528 Lehrlinge gezählt, 1925 aber 73 321, in der Stellmacherei 13 747 und 15 997, Drechlerei 3287 und 3494, Korbmacherei

Lehrlinge im Holzhandwerk nach Betriebsgrößenklassen.

Table with columns for 'Betriebe', 'Personen', and 'Zahl der Betriebe und Personen' categorized by size (1 bis 3, 4 bis 5, 6 bis 10). Rows list various trades like Tischlerei, Stellmacherei, Korbmacherei, etc.

2160 und 1778, Bürstenmacherei 1197 und 573, Stocmacherei 473 und 475 und in der Kammacherei 112 und 140. Hierbei ist aber zu beachten, daß die Zahlen für 1907 sich auf Industrie und Handwerk beziehen, die für 1925 jedoch nur auf das Handwerk.

Das Statistische Reichsamt weist in seiner Veröffentlichung erneut auf den Geburtenausfall in den Kriegsjahren

hin und vermutet, daß der jährliche Bedarf an Lehrlingen von annähernd 300 000 in den nächsten Jahren nicht gedeckt werden kann. In den Jahren 1930 bis 1932 würden vermutlich „überhaupt keine männlichen Lehrlinge für Industrie und Handwerk verfügbar sein“.

Zum Kampf um die Arbeitslosenversicherung.

Der Kampf um die Arbeitslosenversicherung ist in ein entscheidendes Stadium getreten. Das Unternehmertum verdoppelt seine Angriffe gegen eine Position, welche die Arbeiterschaft auf das nachhaltigste zu verteidigen entschlossen ist.

In dem langen, harten Winter ist das Meer der Arbeitslosen viel stärker angeschwollen, als man vorher angenommen hatte. Die Darlehen, die das Reich auf Grund gesetzlicher Bestimmungen zur Deckung der Mehrausgaben für die Unterstützung zu leisten hatte, haben beträchtliche Summen erreicht.

Wie weit sich der Gedanke von der Notwendigkeit des Abbaus der Arbeitslosenversicherung schon Bahn gebrochen hat, zeigt die Rede, die der Reichsverkehrsminister Stegerwald am 26. Juni in Eltville am Rhein auf einer Tagung der Zentrumspartei gehalten hat.

Zur gleichen Zeit als Stegerwald diese Rede hielt, führte der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Otto Wels, in der Eröffnungsrede zum Magdeburger Parteitag unter stürmischem Beifall seiner Zuhörer aus: „Wir sehen in der

Arbeitslosenversicherung nicht nur die Unterstützung der wirtschaftlich Schwächsten, der Arbeitslosen, wir sehen in ihr auch für die sich in Beschäftigung befindlichen Arbeiter eine Sicherung gegen Lohndruck, ein Mittel zur Hebung der Löhne und der Konsumkraft der breiten Massen des Volkes.

In diesem Zusammenhang sei noch einer anderen Rundgebung gedacht, die am 25. Mai veranstaltet wurde. Die Bezirksvorstände des ADGB und des UFA-Bundes für Berlin und die Provinz Brandenburg hielten eine Tagung, zu welcher auch die Behörden und die Presse geladen waren.

„Die Versammelten betonen, daß die außergewöhnliche Inanspruchnahme des Reiches durch die Arbeitslosenver-

Das doppelte Gesicht der Unternehmer.



Was die Unternehmer versprechen, und was sie wollen.

Sicherung ein zwar nicht vorgesehener, aber durch die tatsächliche Lage des Arbeitsmarktes notwendig bedingter Vorgang ist, der sich unter Geltung der Erwerbslosenfürsorge in Krisenzeiten in viel größerem Maße abgespielt hat.

Soweit Mißbräuche in der Arbeitslosenversicherung überhaupt werden, weisen die Versammelten darauf hin, daß der noch unzureichend ausgebauten Verwaltungsapparat hierfür vorwiegend verantwortlich zu machen ist.

Zur Sanierung der Finanzen der Reichsanstalt halten die Versammelten einen Verzicht des Reiches auf die bisher gewährten Darlehen für unerlässlich und durch die außergewöhnliche Situation für völlig gerechtfertigt.

Dagegen lehnen die Versammelten aufs Schärfste ab die Reformvorschläge, die von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zum Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vorgelegt worden sind.

Neuerdings verlautet, daß der Reichsarbeitsminister eine Vorlage ausgearbeitet habe, die eine zeitweise Erhöhung der Beiträge von 3 auf 4 Prozent vorzieht. Einer solchen Erhöhung könnten die Gewerkschaften zustimmen, zumal wenn es sich um eine vorübergehende Einrichtung handeln würde.

Ausbau der Wochenhilfe.

Im Reichsgesetzblatt ist jetzt das Gesetz über Wochenhilfe vom 18. Mai 1929 verkündet worden. Formell handelt es sich hierbei um die Änderung einiger Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung.

Die Bezüge der Wöchnerinnen erfahren hierdurch eine Erhöhung. Leider ist durch eine Änderung des Absatzes 4 in dem gleichen § 195a eine Verschlechterung eingetreten.

Der § 311 der Reichsversicherungsordnung besagt, daß Arbeitsunfahige Mitglieder ihrer Krankenkasse bleiben, solange diese ihnen Leistungen zu gewähren hat. Dazu ist nun hinzugefügt, daß das gleiche auch für Schwangere und Wöchnerinnen gilt, solange sie Anspruch auf Wochen- oder Schwangerengeld haben und nicht gegen Entgelt arbeiten.

Vergleichung der deutschen und sterreichischen Sozialversicherung.

In den letzten Tagen fanden, wie amtlich mitgeteilt wird, im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen mit einer Vertretung der sterreichischen Regierung statt, bei welcher es sich um den Abschluß eines neuen Vertrages auf dem Gebiete der Sozialversicherung handelte.



Aus dem Verbandsleben



Mitteilungen des Vorstandes.

Heimvolkshochschule in Einz.

In Nr. 11 der „Holzarbeiter-Zeitung“ haben wir zur Bewerbung um die Teilnahme am 13. Männerkursus in Einz aufgefördert. Von den Plätzen, die dem UOVB zur Verfügung stehen, konnte diesmal nur einer unserem Verband zugewiesen werden. Gewählt wurde in Übereinstimmung mit dem Bildungsausschuß des UOVB. und mit der Schulleitung der

Kollege **Erich Schwarz** (Hamburg).

Wir bitten die übrigen Bewerber, die diesmal nicht berücksichtigt werden konnten, von der getroffenen Auswahl Kenntnis zu nehmen, da eine persönliche Benachrichtigung der einzelnen Bewerber nicht erfolgt.

Der Verbandsvorstand.

Der neue Lehrling.

Unter dieser Überschrift richtet die Ortsverwaltung Dresden in der Aprilnummer ihres Mitteilungsblattes „Einige Worte an die Alten“, die auch anderwärts Beachtung verdienen und nie zu spät kommen. Es heißt dort:

In diesem Monat kommen in den Betrieben der Holzindustrie wieder Hunderte von Lehrlingen eingestellt.

Alle diese jungen Menschen, eben erst noch Kinder, ganz gleich welcher Herkunft, sind von dem Gedanken befeuert, endlich von der Schule frei zu sein, endlich an ihrer Lebensgrundlage selbst zu arbeiten. Die wenigsten von ihnen ahnen die Schwierigkeiten ihres ausserordentlichen Berufs, und keiner kennt die wirtschaftlichen Zusammenhänge, die so vielen nach beendeter Lehrzeit jedes Fortkommen im Berufe verwehren, und die dann die Leidenszeit des Umlernens oder des Abstoßens zu jeder beliebigen Arbeit oder lange Arbeitslosigkeit veranlassen. Noch viel grausamer werden die jungen Menschen aber aus ihren Idealen gerissen, wenn sie erst einmal der Betrieb umfängt. So manchem Lehrmeister mangelt jede pädagogische Fähigkeit, und von den Seelenkämpfen des Jungen hat er keine Ahnung. Viele Lehrstellen sind keine Ausbildungs-, sondern Ausbeutungsstellen. Da ist der „Stift“, das Mädchen für alles“. Nur selten kommt er an die Hobelbank; der Achtstundentag ergibt sich für ihn nicht.

Diese Zustände sind am häufigsten in den Betrieben, wo der Meister keine Gehilfen beschäftigt. Dem Jungen steht kein älterer Kollege mit Rat zur Seite. Wenn er dann zu Hause nicht angehalten wird, rechtzeitig den Schutz in der Organisation zu suchen, dann werden die Enttäuschungen Folgen für das ganze Leben haben. Aber auch in den Betrieben, wo Gehilfen beschäftigt sind, erleben wir es sehr häufig, daß man sich um die Lehrlinge nicht kümmert.

Für jeden organisierten Kollegen muß der Grundsatz bestehen, dem Lehrling so beizustehen, daß er schon frühzeitig im Gesellen den späteren Kollegen erkennt. Nicht mit Scheitern, sondern mit den Worten des im Beruf und im Leben Erfahrenen soll er Hilfe leisten. Das Betriebsrätegesetz gibt außerdem den Betriebsräten das Recht, die Ausbildung der Lehrlinge zu beobachten. Die Reichsverfassung gewährleistet jedem Deutschen die Vereinigungsfreiheit. Das gilt selbstverständlich auch für den Lehrling. Kein Meister hat das Recht, den Lehrling am Beitritt zur Organisation zu verhindern oder ihn wegen Zugehörigkeit zum Verband zu benachteiligen.

An unsere Kollegen richten wir die dringende Mahnung, dafür zu sorgen, daß die Lehrlinge frühzeitig der Organisation zugeführt werden. Und wenn dem Jungen die Frage zum Eintritt in den Verband vorgelegt wird, so kann ihm das „Ja!“ nicht schwerfallen, wenn er durch die Hilfe des älteren Kollegen in allen seinen Räten als Lehrling den obersten Grundsatz unserer Organisation, „Solidarität“, selbst erlebt hat.

Aus der Holzindustrie des Saargebiets.

Die Holzindustrie des Saargebiets hat in den letzten Jahren gute Zeiten gehabt, aber damit scheint es zunächst vorbei zu sein. Durch die sehr schwache Bautätigkeit sind die Bauwerkzeilbetriebe so schlecht beschäftigt wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Hinzukommt, daß die größeren Betriebe bezüglich ihrer Leistungsfähigkeit mit der Neuzeit nicht Schritt gehalten haben. An dem Niedergang der Industrie sind verschiedene Unternehmungen, die sich von kleinen, gewerkschaftsfeindlichen Gesichtspunkten leiten lassen, mitschuldige. Ein typisches Beispiel dafür ist die Firma **Schneider & Kaulen** A.-G. Seit diese Firma eine Tochtergesellschaft geworden ist und ein Herr Kaulen sein Vorsteher geworden ist, geht es schlecht. Es ging auch bergab, als neben jedem Dugend Arbeiter ein Abteilungsmeister oder, besser gesagt, Antreiber gestellt wurde. Die Hauptursache lag wohl an der starken Fluktuation der Belegschaft, verursacht durch Herrn Kaulen in enger Verbindung mit Herrn Schneider jr. und

ihrem ganzen Stab von technischen Mitarbeitern. Die letzteren wurden extra durch ein besonderes System à la Kaulen gedrückt. Viele tüchtige eingearbeitete Leute mußten das Feld räumen. Der stolze Betrieb mit über 200 Arbeitern war in kurzer Zeit völlig auf den Hund gebracht. Jetzt führt Herr Schneider in sehr kleinem Maßstab mit nicht ganz 20 Arbeitern den Betrieb weiter. Herr Schneider hat aber trotz der bösen Erfahrungen nichts gelernt und nichts vergegessen. Die Schikanererei geht im alten Schema weiter.

Heinrich Berner.

Kollege **Heinrich Berner**, der Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle Chemnitz, vollendet am 8. Juni 1929 sein 65. Lebensjahr. Schon im Fachverein der Tischler war er ehrenamtlicher Funktionär, seit siebenundzwanzig Jahren leitet er die Verwaltungsstelle Chemnitz, als Angestellter unserer Verbandsverwaltung. Herr Berner gehört zu den, die im Dienst Bewegung ihr finden. Wenn steinigem Boden Industriegebieten mischten Betrieben uner mühslichen chenden Erfolge selbst gewiß nicht bei Heinrich Berner. Er hat alles getan, die Organisation zu fördern. Im Dienste für den Verband und für das Wohl der Kollegenschaft konnte er weder Ruhe noch Erholung. Mit vorbildlicher Pünktlichkeit und Gewissenhaftigkeit hat er seine Arbeit geleistet. Wir grüßen den alten Kämpfer zu seinem 65. Geburtstag und wünschen ihm, daß er noch manchen Geburtstag in körperlicher Gesundheit und geistiger Frische erleben möge.



Alten Arbeitern wird der Urlaub vorenthalten. Arbeitern, die jetzt schon 12 Wochen aussetzen mußten, wurde zu Anfang gesagt, es dauert 14 Tage. Jetzt besitzt man noch die Unverschämtheit und stellt fremde Arbeitskräfte ein, die Aussetzenden läßt man weiter zappeln. Wenn Herr Schneider auch meint, wir hätten den Betrieb kaputtgestreift, so können wir ihm nur entgegenhalten, daß wir mit seinem Betrieb mehr Scherereien hatten als mit allen anderen zusammengenommen. Herr Glasermeister Meyer wendet ähnliche Methoden an, auch er wird damit nicht weiter kommen als Herr Kaulen mit seiner Kunst.

Der Möbelkonsum des Saargebiets ist, wie in einem jeden Industriegebiet, ein sehr großer. Es wäre also für die Unternehmer im Saargebiet eine günstige Gelegenheit, die Möbelproduktion selbst in die Hand zu nehmen. Wir sehen aber das gerade Gegenteil, die Einfuhr von Möbeln jeder Art und Qualität steigt von Jahr zu Jahr. Ein Beispiel, wie die Möbelproduktion nicht gefördert wird und sich nicht einführen konnte, hat uns die Böttlinger Möbelindustrie A.-G. gezeigt.

Bei diesen Betrieben hat die gewerkschaftsfeindliche Einstellung wesentlich dazu beigetragen, daß eine normale Entwicklung nicht einsehen konnte. Hinzu kam wie bei Schneider u. Kaulen auch bei der Böttlinger Möbelindustrie A.-G., daß völlig ungeeignete Leute die Geschäftsleitung in die Hand bekamen. Aus Unternehmerkreisen wird so oft gesagt, ja, wenn Kapital vorhanden wäre, dann könnten wir die Betriebe ausbauen und damit auch den Produktionsprozeß rationeller gestalten. Bei den Aktiengesellschaften Schneider u. Kaulen und Böttlinger Möbelindustrie hat es wirklich am Kapitalmangel nicht gelegen. Hinter beiden Unternehmungen standen starke finanzielle Kräfte. Sie haben es sich auch etwas kosten lassen, aber auch der bestgefüllte Kassenschrank vermag, wenn die Geschäftsleitung nichts taugt. Auch die Firma Burgard und Söhne gibt ständig Anlaß zu Klagen. Die Unternehmer nützen die Notlage der Industrie weidlich aus, um in den schlecht organisierten Betrieben und speziell in der Bauanschlägerbranche die Löhne und Akkordsätze zu drücken. Hierbei werden besonders lothringische Arbeitskräfte bevorzugt. Es genügt ja, wenn die Einheimischen Steuern zahlen und sie selbst gut verdienen, alles andere kümmert die Unternehmer wenig. Man schreit nur ab und zu wegen der unlauteren ausländischen Konkurrenz, wenn einige Duzend Lüren und Fenster sehr primitiver Art von Elßaß-Lothringern hereinkommen, dabei ist nachgewiesen, daß saarländische Firmen in großer Auflage denselben Schund noch billiger fabrizieren konnten.

Für unsere Holzarbeiter im Saargebiet sind diese Vorgänge Warnungszeichen. Sich fester an die Organisation zu halten, ist das Gebot der Stunde.

R. E.

Mit **Lefsbauer** dieses Nummer ist **am 23. Wochenausgabe** fällig

Die Meißeleraussperrung in Elberfeld.

Die Firma **Werkstätten für Möbel- und Innenausbau G. m. b. H.** in Elberfeld hat, wie bereits in Nr. 19 der „Holzarbeiter-Zeitung“ berichtet, unsere Kollegen wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai ausgesperrt. Obwohl es sich hier um einen nicht besonders umfangreichen Kampf handelt — insgesamt beschäftigte die Firma etwa 35 Arbeiter —, beansprucht der Fall der begleitenden Umstände wegen besonderes Interesse. Zunächst die Vorgeschichte: Am 22. April wurde die Firma vom Arbeitsgericht verurteilt, einem zu Unrecht entlassenen Arbeiter 600 Mk. Entschädigung zu zahlen. In diesem Prozeß war der Vorsitzende des Betriebsrats genötigt, als Zeuge Aussagen zu machen, die zur Verurteilung der Firma beitrugen. Daß die Stimmung der Firmeninhaber dadurch nicht gehoben wurde, ist verständlich. Die Arbeitsruhe am 1. Mai ist in dem Betrieb eine alte Einrichtung, Anstände hat es früher deshalb nie gegeben. Wie üblich, wurde auch diesmal der Firma am Morgen des 30. April mitgeteilt, daß am 1. Mai nicht gearbeitet würde. Diesmal beantwortete die Firma die Mitteilung mit einem Anschlag, in dem es heißt: „... Wer nicht arbeitet und dem Betrieb fernbleibt, kann fristlos entlassen werden, nach Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 6. März 1929.“ Auch als der Betriebsrat noch einmal bei der Betriebsleitung vorstellig wurde, ließ diese sich auf nichts ein, und am 2. Mai wurden die Kollegen, die gefeiert hatten, entlassen.

Als darauf der Betrieb gesperrt wurde und Streikposten den Zugang fernhielten, fühlte sich die Firma beschwert. Sie beantragte beim Arbeitsgericht eine einstweilige Verfügung, und tatsächlich wurde auch vom Vorsitzenden des Arbeitsgerichts eine solche erlassen, durch welche der Ortsverwaltung unseres Verbandes bei Vermeidung einer Geldstrafe bis 300 Mk. oder Haft bis zu 6 Wochen verboten wurde, Streikposten aufzustellen oder dort stehende Streikposten zu unterstützen. Gleichzeitig strengte die Firma eine Klage auf Schadenersatz an. Obgleich die Firma in dieser Klage nicht behaupten konnte, daß etwa die Streikposten Gewalt angewendet hätten, und sich darauf beschränken mußte, den Streikposten nachzusagen, daß sie sich vor den Eingängen zum Betrieb aufhalten, jeden Arbeitswilligen anhalten und ihn überreden, bei der Firma nicht zu arbeiten, hatten die klagenden Unternehmer vor dem Arbeitsgericht unerhörtes Glück.

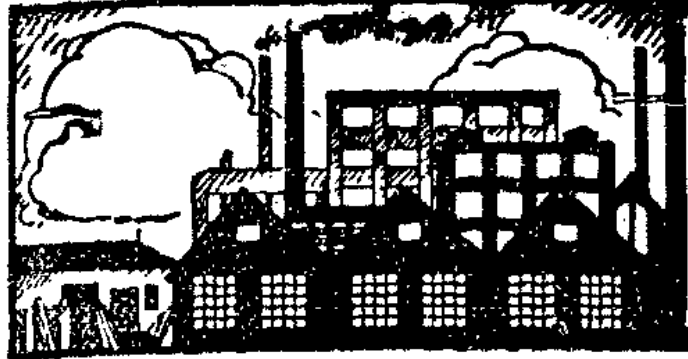
Die Kammer des Arbeitsgerichts hatte anscheinend keine Kenntnis von dem Artikel 159 der Reichsverfassung: „Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Alle Abreden und Maßnahmen, welche diese Freiheit einschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig.“ Auf diese Unkenntnis ist es vermutlich zurückzuführen, daß das Arbeitsgericht nicht nur die einstweilige Verfügung bestätigte, sondern auch den Bevollmächtigten unseres Verbandes wegen ihrer Übertretung mit 300 Mk. Geldstrafe belegte. Außerdem soll er nach dem Willen dieses Arbeitsgerichts auch noch 500 Mk. Schadenersatz an die Firma leisten. Die Sache ist selbstverständlich damit nicht erledigt, die oberen Instanzen werden diese Entscheidungen zweifellos rückgängig machen. Wir werden auf den Gegenstand zurückkommen. Unabhängig von diesem Rechtsstreit geht natürlich der Kampf, den die „Werkstätten für Möbel- und Innenausbau“ heraufbeschworen haben, weiter. Der Betrieb bleibt gesperrt.

Lohnabkommen für die Jalouffe-, Kolladen- und Martkenfabriken in Groß-Hamburg.

Nach dem am 3. Mai vereinbarten Lohnvertrag beträgt der Tariflohn für Facharbeiter über 22 Jahre ab 20. April 121 Pf. und ab 1. Oktober 1929 124 Pf.; für Angelernte 103 und 106 Pf., für Angelernte 98 und 101 Pf., für Facharbeiterinnen und Näherinnen 72 und 74 Pf.

Lohnabkommen mit Brüning & Sohn in Ragnit.

Die Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Lohnabkommens mit der Firma **Brüning u. Sohn**, Spermholzwerk in Elßit-Ragnit, die bereits im März ausgenommen wurden, haben sich längere Zeit hingezogen, da die Firma jedes Zugeständnis ablehnte. Am 19. April fällte der Schlichtungsausschuß Gumbinnen einen Schiedsspruch, wonach mit Wirkung vom 1. April bis 30. Juni dieses Jahres der Lohn der männlichen Arbeiter über 22 Jahre um 3 Pf., der der weiblichen um 2 Pf. erhöht wird. Da die Firma diesen Spruch ablehnte, wurde beim Landeschlichter die Verbindlichkeitsklärung beantragt. Wiederholte Verhandlungen führten schließlich zur Verständigung und am 27. Mai zum Abschluß eines neuen Lohnabkommens auf der Grundlage, daß zu den 3 bzw. 2 Pf., die rückwirkend ab 1. April nachgezahlt werden, eine weitere Zulage von 2 Pf. ab 21. November gewährt wird und das Abkommen bis zum 30. Juni 1930 gilt. Damit steigt der Mindestlohn für männliche Arbeiter über 22 Jahre auf 67 Pf., für weibliche auf 44 Pf. Der Lohn der Tischler und sonstigen Handwerker ist 20 Prozent höher.



Holzindustrie



J. Brüning u. Sohn A.-G.

Die Brüning u. Sohn A.-G. (Sitz Potsdam) veröffentlicht ihren Geschäftsbericht für 1928. Die Gesellschaft hat Werkanlagen in Langendiebach bei Hanau, Lüneburg, Ragnit (Ostpreußen), Rehsele (Provinz Brandenburg) und in Herbolzheim (Breisgau). Zurzeit beschäftigt sie reichlich 1000 Arbeiter. Hervorgehoben werden: Zigarrenstiften, Wickelformen und in der Hauptsache Sperrholz. Die Brüning u. Sohn A.-G. ist das führende Unternehmen der deutschen Sperrholzindustrie. Ihr Geschäftsbericht ist recht mager, so enthält er zum Beispiel keine Angaben über den Umsatz. 1926 betrug dieser 7719 000 Mk., im letzten Jahr wird er mindestens doppelt so groß gewesen sein. Aber der Bericht des Vorstandes enthält einige interessante Ausführungen. Wir entnehmen ihm folgende Stellen:

„Der Geschäftsgang in Sperrholz war in den ersten neun Monaten des abgelaufenen Jahres zufriedenstellend. Der Umsatz konnte bis dahin durchschnittlich um mehr als 20 Prozent gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres gesteigert werden. Auch für den Rest des Jahres lagen noch reichlich Aufträge vor. Infolge der jedoch in den letzten Monaten eingetretenen allgemeinen wirtschaftlichen Depression war der gesteigerte Umsatz nicht in vollem Umfang aufrechtzuerhalten, da aus Abnehmerkreisen teilweise auf erhebliche Verlängerung der Lieferfristen gedrängt wurde. In Zigarrenstiften und Wickelformen, deren Umsatz nur einen geringen Bruchteil unseres Gesamtumsatzes ausmacht, war zwar die Beschäftigung entsprechend der des Vorjahres; durch den in diesen Artikeln jedoch immer noch herrschenden Preiskampf waren die Preise derartig gedrückt, daß sie teilweise hinter den Herstellungskosten zurückblieben. Wenn das Ergebnis nicht, wie berechtigterweise erwartet werden konnte, das des Vorjahres übertrifft, so liegt dies einmal in den schon erwähnten Gründen, dann aber in den mit der rückläufigen Konjunktur auch für Sperrholz einsetzenden gedrückten Preisen bei gleichzeitig nicht unbeträchtlich gestiegenen Mehrkosten, verursacht durch erhöhte Frachten und Zunahme der Steuern und sozialen Abgaben. Die Steuern einschließlich der sozialen Lasten betragen im abgelaufenen Jahr 606 983 Mk. (demgegenüber unter Dividendenvorschlag von 9 Prozent gleich 234 000 Mk.). Die Erhöhung der Frachten entspricht allein einer zwei-prozentigen Dividende auf das heutige Kapital.“

Die im Berichtsjahr zum Zwecke der Rationalisierung in Angriff genommenen Neu- und Umbauten in den Werken Ragnit, Langendiebach und Lüneburg sind fertiggestellt bis auf einen kleinen Teil, der unter Konto „Fabrikanlage, im Bau befindlich“ erscheint. Mit Genugtuung können wir feststellen, daß unsere Werke nach Durchführung unseres Rationalisierungsprogramms eine besonders hohe Stufe der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit erreicht haben.“

Aus der Bilanz am 31. Dezember 1928 geben wir folgende Zahlen wieder, dazu die Vergleichszahlen aus den zwei letzten vorausgegangenen Jahren:

	1928 Mk.	1927 Mk.	1926 Mk.
Bruttogewinn	3 022 298	1 912 661	1 138 573
Abschreibungen	258 943	256 682	203 243
Reingewinn	385 736	417 389	344 311
Dividende	324 000	324 000	288 000
Dividende in Prozent	9	9	8
Santlemen des Aufsichtsrats und des Vorstandes	39 329	43 194	27 232
Aktiva:			
Immobilien	2 790 000	2 240 000	2 226 000
Maschinen	1 483 000	954 000	887 000
Fabrikanlagen im Bau	103 841	—	—
Debitoren	2 521 448	2 607 013	3 527 821
Waren	3 828 335	3 811 652	—
Aufwertungsausgleich	200 000	230 000	—
Passiva:			
Aktienkapital	5 000 000	3 600 000	3 600 000
Laufende Akzente	674 043	1 223 073	102 606
Kreditoren	363 334	208 904	1 471 112
Reservefonds	238 530	210 000	192 396

Der nachgewiesene Reingewinn ist rund 83 000 Mk. niedriger als 1927, aber daraus kann nicht etwa der Schluss gezogen werden, daß die Wirtschaft 1928 schlechter verdient habe als im Vorjahr. Die Zahlen der Bilanz zeigen ein anderes. Der Ausbau der Werke und die Anschaffung neuer Maschinen haben einen schönen Vorkurs verdient, wodurch der Reingewinn natürlich verkleinert worden ist. Die Brüning u. Sohn A.-G. ist ein sehr gut verdienendes und liquides Unternehmen. Trotz der „Zunahme der

Steuern und sozialen Lasten“. Auf diese Bemerkung erneut einzugehen, lohnt nicht, denn sie gehört zu jeder Unternehmeräußerung wie das Amen in der Kirche.

Über die Geschäftsaussichten im laufenden Jahre heißt es in dem Vorstandsbericht:

„Im neuen Geschäftsjahr verschärfte sich zunächst die in den letzten Monaten des vergangenen Jahres einsetzende Stagnation, nicht zuletzt auch mit hervorgerufen durch die große Kälte, die jede Bautätigkeit ausschloß. Trotz dieser wenig günstigen Wirtschaftslage war eine Lohnerhöhung in unserem Werk Lüneburg nach vorangegangener sechs-wöchigen Streik nicht zu vermeiden. Die uns dadurch aufgebürdete Mehrbelastung konnte bis jetzt in der Kalkulation leider noch keine Berücksichtigung finden. Seit etwa Mitte März ist erfreulicherweise eine merkliche Belebung des Geschäfts eingetreten, die uns einen guten Auftragsbestand brachte. Bei fortschreitender Bautätigkeit kann damit gerechnet werden, daß im laufenden Jahr die Werke ausreichend beschäftigt sein werden, und daß demgemäß mit einem Ergebnis gerechnet werden darf, das nicht hinter dem der Vorjahre zurückbleibt.“

Streng vertraulich!

Die Vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie haben am 20. April den Unternehmern ein Schreiben gesandt, das den Vermerk trägt: „Streng vertraulich! Nicht aus der Hand geben!“ Zur Beruhigung des Herrn Baeth können wir auf das bestimmteste versichern, daß kein Geheimschreiben auch nicht aus der Hand gegeben worden ist, es hat nur einmal den Besitzer von Händen gewechselt.

Das Rundschreiben beginnt: „Neu! Betrifft Einstellung von Arbeitnehmern! Bei Einstellung von neuen Arbeitskräften ergeben sich immer wieder die Schwierigkeiten für beide Teile in folgenden Fragen: 1. Ist der Einzustellende auch wirklich für den Betrieb und die Arbeit geeignet oder nicht? 2. Wo war er beschäftigt? Hat er schon für das laufende Kalenderjahr seinen tarifmäßigen Urlaub erhalten oder nicht? 3. Ist in bezug auf die Haftung des Arbeitgebers gegenüber der Erwerbslosenversicherung aus der früheren Stelle alles in Ordnung oder nicht?“

Das Rundschreiben führt weiter aus, daß die Unternehmer allgemein fordern, daß, um die „unhaltbaren Zustände, daß Arbeiter gleich nach Einstellung wegen Missetzung oder Verstöße gegen den Tarifvertrag wieder entlassen werden müssen, zu beseitigen, sei eine Stelle zu schaffen, von welcher sofort die erforderliche Auskunft über die Fragen 1 bis 3 erteilt werden kann“.

Die Vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie haben nun eine solche Stelle eingerichtet und fordern die Unternehmer auf, auf einem vorgegedruckten Formular die Entlassung jedes Arbeiters sofort zu melden. Auf dem Formular ist anzugeben: Name und Wohnung des entlassenen Arbeiters, Art der Beschäftigung, Entlassungstag und Entlassungsgrund.

Die Vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie versichern, daß es sich „um eine Angelegenheit rein wirtschaftlicher und zweckmäßiger Natur handelt“, die auch im Interesse der beschäftigten „Arbeitnehmer“ liege. Wäre es so, dann brauchte das Rundschreiben nicht als „streng vertraulich!“ bezeichnet zu werden. Die Unternehmer verfolgen also andere Absichten, sie wollen ein Maßregelungsbureau errichten. Neu ist dieser Plan nicht, seine Verwirklichung wird, wie in anderen Industrien, auch in der Berliner Holzindustrie an dem Widerstande der Arbeiter scheitern. Und das ist durchaus keine streng vertrauliche Mitteilung.

Polizeiverwaltung ohne Gesetzeskenntnis.

Die Anklamer Polizeiverwaltung hat im November vorigen Jahres die Tischlereien daraufhin kontrollieren lassen, ob die Gesellen und die Lehrlinge mit geeichten Maßstäben arbeiten. Da das nicht der Fall war, erhielten etwa 60 Kollegen einen Strafbefehl über 340 Mk. Wir haben uns mit dieser Angelegenheit in Nr. 3/1929 der „Holzarbeiter-Zeitung“ beschäftigt und nachgewiesen, daß die Polizeiverwaltung von der Maß- und Gewichtsordnung, auf welche sie sich bei ihrem Vorgehen stützte, keine blasse Ahnung hat. Trotz alledem hat sie die Strafbefehle aufrechterhalten und es auf eine gerichtliche Entscheidung antommen lassen. Selbstverständlich mit dem Erfolge, daß die Polizeiverwaltung auch vom Gericht die Belcheinigung bekam, daß ihr Eifer in einem umgekehrten Verhältnis zu ihrer Gesetzeskenntnis steht. Die „Angeklagten“ wurden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Die Polizeiverwaltung hat die beschlagnahmten Maßstäbe ihren Eigentümern wieder zurückzubringen. Diese Blamage hätte sie sich ersparen können, wenn sie weniger eifrig, dafür mehr gewissenhaft vorgegangen wäre. Hoffen wir, daß das alte Sprichwort sich auch hier bewahrheitet: „Schaden macht klug.“

Zusammenschluß in der Knopfindustrie.

Der Zusammenschluß in der Knopfindustrie, von dem seit langer Zeit so viel die Rede ist, wird nun doch zur Tatsache. Die Tageszeitungen melden:

„Im Geschäftsgebäude der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt erfolgte am 20. Mai die Gründung der Knopf-Industrie A.-G. mit einem Aktienkapital von 300 000 Mk. und dem Sitz in Schmöln. Die neue Gesellschaft übernimmt in Form der Pachtung die Betriebe folgender acht Schmöllner und zwei Gößnitzer Firmen: Butonia; Pehold u. Co.; G. Donath; Bernhard Jahr; Kühn u. Co.; Leopold u. Co.; R. Schimmel u. Co.; Schimmel, Schmieder u. Co.; Strauß u. Co., sämtlich in Schmöln, Karl Brandt jun. und Rob. Böschel, beide in Gößnitz.“

Die Gründung bezweckt, durch die Konzentration, insbesondere durch Zusammenfassung der Fabrikation und der Verwaltung sowie durch Vereinheitlichung der Absatzorganisation eine rationelle Betriebsführung zu erreichen. Zum Vorstand wurden bestellt die Herren Alfred Jahr, Karl Strauß, William Schimmel und als stellvertretendes Vorstandsmitglied Alexander Jahr. Zu Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden ernannt die Herren Kurt R. S. Donath (Vorsitzender), Hans Theil (stellvertretender Vorsitzender), Otto Franke, Kurt Böffler, Paul Böschel, Arthur Schöninger, Kurt Wunderlich und Hans Zimmermann.“

Die zehn Knopfabriken beschäftigen zurzeit noch rund 1100 Arbeiter und Arbeiterinnen, gegen etwa 1700 in ihrer besten Zeit. Vor einiger Zeit wurde gemeldet, daß der Zusammenschluß in zwei große Unternehmungen erfolgen sollte. Ob zwischen den anderen 15 Schmöllner Betrieben gleichfalls Verhandlungen mit Aussicht auf Erfolg stattfinden, ist uns nicht bekannt, aber es ist sehr wahrscheinlich.

„Safety first.“

Aus Anlaß der Reichs-Unfall-Versicherungswache hat der Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften ein Preisaus-schreiben erlassen. Für die Findung eines Schlagwortes, welches dem in England und Amerika geläufigen „Safety first“ (zu deutsch „Sicherheit zuerst“) entspricht, sind erhebliche Geldbeträge als Preise in Aussicht gestellt. Die Frist für die Einbringung der Vorschläge ist schon am 11. März abgelaufen. Unscheinend haben sich auch viele unserer Kollegen an dem Wettbewerb beteiligt, da wir verschiedentlich Anfragen wegen des Ergebnisses erhalten.

Den Fragestellern diene zur Kenntnis, daß uns auf Erkundigung vom Verbands der Deutschen Berufsgenossenschaften mitgeteilt wurde, das Ergebnis des Wettbewerbs werde gegen Ende Juni veröffentlicht werden.

Sägewerke und Gatter in Österreich.

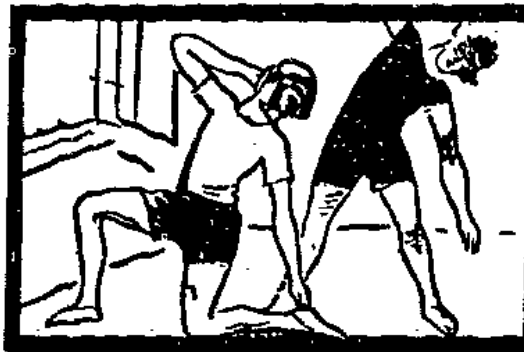
Das „Neue Wiener Tageblatt“ hat kürzlich einen Aufsatz über die österreichische Sägewerksindustrie veröffentlicht. Wir entnehmen ihm folgende Angaben über die vorhandenen Gatter, verteilt auf die einzelnen Landesteile:

	Säge- werke ins- gesamt	Davon		Gatter ins- gesamt	Davon	
		Dampf- betriebe	Wasser- betriebe		einfache Gatter	Soll- gatter
Burgenland . . .	23	2	21	42	18	24
Niederösterreich . .	965	80	885	1151	734	417
Oberösterreich . . .	1174	44	1130	1047	786	261
Salzburg	291	14	277	272	148	124
Steiermark	1213	74	1139	1290	977	313
Kärnten	1094	29	1065	996	854	142
Tirol	611	12	599	523	325	198
Vorarlberg	215	7	208	215	49	166
Wien	35	35	—	94	32	62
Österreich insges.	5621	297	5324	5830	5923	1907

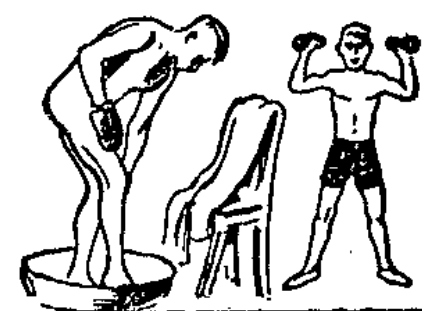
Diese Zahlen stimmen nicht ganz genau, sie geben aber doch einen ziemlich guten Überblick über die Größe und Bedeutung der österreichischen Sägewerksindustrie. Der Verfasser, Prof. F. Flatscher, Wien, schätzt den Kuchholzkonsum der Sägewerke auf 3,5 Millionen Festmeter im Jahre. Außerdem gehen noch 700 000 Festmeter Rundholz ins Ausland. Da der österreichische Wald größere Mengen Sägeholz nicht liefern könne, müsse die Ausfuhr von Rundholz eingeschränkt werden. Die Regierung müsse dafür sorgen, daß von dem immer kostbarer werdenden Rohstoff kein Festmeter in un-verarbeiteterem Zustande Österreich verläßt.“

Ausbau der russischen Holzindustrie.

In Kostrow am Don sollen im laufenden Jahr eine neue Möbelfabrik und eine Zündholzfabrik gebaut werden. Vor kurzem ist in der Sowjetukraine in der Ortschaft Mailtop eine große Holzbearbeitungsfabrik in Betrieb genommen worden. Das Unternehmen setzt sich aus einem eigenen Sägewerk, einer modernen eingerichteten Holztreibungs- und Trockendestillationsanlage sowie einer Möbel- und Parkettfabrik zusammen. Die Maschinen sind zum größten Teil aus dem Ausland bezogen worden.



Gesundheit und Körperpflege



Sonnenbäder.

Die Heilkraft der Sonnenstrahlen ist heute so allgemein bekannt, daß jung und alt, arm und reich jede Gelegenheit benutzen, um aus dieser kräftigsten und billigsten aller Gesundheitsquellen zu schöpfen. Aber wie ein einziges Medikament nicht alle Krankheiten heilen kann, so können auch die Sonnenbäder nicht bei jeder Erkrankung genommen werden und Gesundheit bringen; ja es ist bei dem immer mehr und mehr sich steigenden Allgebrauch der Sonnenbäder sogar notwendig, darauf hinzuweisen, daß bei manchen Erkrankungen die Besonnung eine schwere Verschlimmerung des Leidens, ja direkt Lebensgefahr bringen kann.

Die wirksamsten Bestandteile des Sonnenlichtes, das man bekanntlich in die dem menschlichen Auge sichtbaren sieben Strahlen, violett, blau, grün, gelb, orange, rosa, rot und in die unsichtbaren jenseits des Rot und des Blau gelegenen Strahlen, die Ultraroten und Ultravioletten einteilen kann, sind die unsichtbaren Strahlenbezirke. Dabei werden durch die ultravioletten Strahlen mehr chemische, durch die ultraroten mehr physikalische Wirkungen im menschlichen Körper erzeugt. Die bekannteste und sichtbarste Folge des Sonnenbades ist die Hautbräunung, die auf der durch die ultravioletten Strahlen veranlaßten Bildung bestimmter Farbstoffzellen beruht. Diese Pigmentzellen schützen den Körper vor Verbrennung, geben bestimmte Heilstoffe ins Blut ab und erhöhen die Durchdringungskraft der Strahlen. Außer dieser Pigmentierung der Haut entfaltet das Sonnenlicht aber noch ganz gewaltige Wirkungen in den einzelnen Zellen des Körpers und deren Funktionen. Der Eiweißstoffwechsel, der Sauerstoffverbrauch, die Blutcirculation, die Blutkörperchen und ihr Farbstoff, der Wärmehaushalt usw. werden durch das Sonnenlicht gewaltig verändert, und zwar im Sinne einer Leistungssteigerung, eines positiven Energiezuwachses. Es ist selbstverständlich, daß dies auch die Widerstandskraft des Körpers den verschiedenen Krankheiten gegenüber erhöht. Aber nicht nur der Körper, auch die Seele des Menschen wird durch das Sonnenlicht verändert, Verstimmung beseitigt, Freude und Glücksgefühl erzeugt.

Merktblatt für Sonnenbäder.

1. Pflege und Abhärtung der Haut sind hervorragende Mittel zur Erhaltung der Gesundheit. Die Haut ist nicht nur ein wichtiger Wärmeregulator des Körpers, die den Organismus gegen die Schädlichkeiten wechselnder Temperaturen schützt, sie ist zugleich ein mächtiges Ausscheidungsorgan, das im Verein mit Nieren und Lungen die Entfernung giftiger Substanzen aus dem Körper besorgt.

2. Strandbäder (Wasser-, Luft- und Sonnenbäder) sind das wirksamste Mittel zur Abhärtung der Haut. Sie regen die Hauttätigkeit an, fördern Stoffwechsel und Blutbildung und machen den Menschen heiter und froh.

3. Strandbäder sollen nie bei einer Temperatur unter 18 Grad Celsius genommen werden. Zur Verhütung von Kältegefühl ist reichliche Bewegung (Herumgehen, Turnen usw.) notwendig. Frostschauer bekämpft man durch kräftiges Reiben der Haut und energische Bewegung. Bei anhaltendem Frostgefühl ist das Luftbad sofort abzubrechen.

4. Das wirksamste Strandbad ist das Sonnenbad. Die Sonne übt mit ihren chemisch wirksamen Strahlen einen mächtigen Reiz auf die Haut aus. Da dieser Reiz bei allzulanger Dauer und Stärke zu schweren Entzündungen der Haut, bei empfindlichen oder kranken Menschen auch zu gefährlichen Erkrankungen des Körpers führen kann, ist beim Gebrauch der Sonnenbäder besondere Vorsicht nötig.

5. Im Sonnenbad liege der Kopf erhöht und beschattet; die Augen sind vor starker Beleuchtung tunlichst zu schützen.

6. Zur Vermeidung des Sonnenbrandes darf die gleiche Körperstelle anfänglich nie länger als fünf Minuten der direkten Wirkung der Sonnenstrahlen ausgesetzt werden. Darum ist die Körperlage alle fünf Minuten zu wechseln; man beginnt mit der Rückenlage, geht in die rechte, später in die linke Seitenlage und schließlich in die Bauchlage über. Auf das Sonnenbad folgt ein kurzes Wasserbad, worauf der Körper getrocknet wird.

7. Körperstellen, die durch das Sonnenbad empfindlich geworden sind, sind sofort mit einem schützenden Tuch zu bedecken und der weiteren Einwirkung der Sonnenstrahlen zu entziehen.

8. Die Gesamtdauer des Sonnenbades soll sich anfangs auf wenige Minuten beschränken. Diese Vorsicht ist unerlässlich, weil sich die Wirkung des Sonnenbades auf die Haut in einem Maße ablesen läßt und sich sehr schädliche Folgen (starke Schmerzen, schwere Entzündungen usw.) erst viele Stunden nach dem Sonnenbad, häufig erst am nächsten Tage bemerkbar machen. Werden die Bäder gut vertragen, so können sie später allmählich auf eine Stunde ausgedehnt werden.

9. Zeigen sich als Folgen des Sonnenbades starke Rötungen, Empfindlichkeit oder Entzündung der Haut, so ist die Haut mit gutem Vaselin oder reinem Fett zu bestreichen und der Weitergebrauch der Bäder für die nächste Zeit unbedingt auszusetzen.

10. Man bade nie mit vollem Magen, auch nicht vollkommen nüchtern. Alkoholgenuß vor dem Sonnenbad und während dessen ist streng zu meiden, weil lebensgefährlich.

11. Das Sonnenbad kann bei vorliegenden Erkrankungen zu schweren Störungen und plötzlich gefährlichen Zufällen führen. Wer sich nicht vollkommen gesund fühlt, soll daher, ohne vorherige ärztliche Untersuchung, kein Sonnenbad nehmen.

Gefahren des Obstessens.

Jedermann weiß, wie leicht der Genuß von Wasser auf Obst unangenehme Störungen im Verdauungstrakt verursachen kann. Diese Zufälle wurden darauf zurückgeführt, daß durch das Wasser die Salzsäure im Magen stark verdünnt werde und nunmehr das Wächteramt gegenüber den mit dem Obst eingeführten Keimen nicht ausüben könne, die sich nun ins Ungeheure vermehren und Koliken hervorriefen. Das Obst, das als Vitaminträger sehr zu empfehlen ist, geht immer durch mehrere Hände und wird dabei verunreinigt. Die meisten Bakterienarten, die aus der Luft zufliegen, sind zwar harmlos; es hatten aber schon früher Forscher Cholera-, Typhus- und Colibazillen nachgewiesen. Man empfahl daher die Desinfektion mit verdünnter Formalinlösung, mit Chlorfalk oder durch Abbrühen, doch ist dies alles zu unständig. F. Hoder in Prag hat, wie die „Deutsche Medizinische Wochenschrift“ berichtet, Versuche über den Keimgehalt von auf Märkten und bei Straßenhändlern gekauftem Obst angestellt und die Wirkung ein- und mehrmaligen Waschens geprüft.

Zuerst wurden die Früchte mit steriler, physiologischer Kochsalzlösung durch mehrmaliges Schütteln gewaschen. Die Keimzahl sehr schöner Kirschen sank bei drei Waschungen von 18 000 auf 1200 und 800 Keime je Kirsche, bei einer etwas fleckigen von 7000 auf 4200 und 2600. Es wurden ferner im ersten Waschwasser folgende Keimzählungen je Frucht gefunden: Kirschen 52 000 und 300 000, Schwarzbeeren 20 000, Johannisbeeren 7500, gelbe Pflaumen 34 000, Pflaumen 24 000, Birnen bis 20 000. Colibakterien waren nur selten festzustellen. Die Bakterienzahl auf einem Kilo guter Kirschen ließ sich im Minimum auf 2 Millionen berechnen, bei beschädigten kommt man auf Milliarden. Bei einem anderen Versuch, der an besonders schönen Johannisbeeren mit reinem Leitungswasser vorgenommen wurde, sank der Keimgehalt von 30 000 im ersten auf 12 000 im zweiten und 4500 im fünften Waschwasser. Ein Pfund der Früchte enthielt etwa 15 Millionen Bakterien, darunter auch Coli und Eroteus. Das paradoxe ist, daß Trinkwasser mit einem so hohen Keimgehalt gewiß als gesundheitsgefährlich erklärt würde, während das Obst verkauft werden darf. Es ist beim Verkauf der Gebrauch von Zangen und Schaufeln dringend anzuraten, um die Berührung mit der Hand zu vermeiden. Der Käufer sollte das Obst mindestens einmal gründlich waschen.

Kosmetik des Kindes.

Schönheitspflege, Kosmetik, ist nicht nur eine Angelegenheit der Erwachsenen, der Frau und allenfalls noch des Mannes. Schönheitspflege soll in der Kindheit begonnen werden, erstens weil sie dann sitzt, sich fest einwurzelt und, anezogen, auch im späteren Alter leichter eingehalten wird, und zweitens weil Fehler der Erziehung und Pflege in den Kindheitsjahren später oft nicht mehr oder nur mangelhaft auszubessern sind. An kosmetischen Defekten, die dem Erwachsenen manche Schwierigkeit im Leben machen, sind nicht selten die Eltern schuld.

Das Neugeborene ist mit seiner geröteten Haut, dem mißgestalteten, meist haarlosen Schädel wenig anziehend. Das verschwindet bald und bildet keinen Anlaß zum Eingreifen. Der Säugling erfordert überhaupt, vom kosmetischen Standpunkt, nicht viel. Zähne sind nicht da, den Mund läßt man in Ruhe und reibt ihn nicht mehr, wie einst, mit nassen Mundlappchen aus, was nur die zarte Schleimhaut schädigt und Infektionen verursachen kann. Ob das Haar etwas früher oder später erscheint, schon mehr oder weniger reichlich ist, ist belanglos: Haarwuchsmittel sind nicht nötig. Nur eine gute Hautpflege ist erforderlich, regelmäßige Bäder, eine gute Seife und ein Streupuder, der besonders in den Hautfalten das Wandwerden zu verhüten hat. Die Kinder-Streupuder sollen möglichst keine pflanzlichen Bestandteile enthalten, die sich leicht zerlegen können. Venicet-Kinderpuder für Kinder ist zu empfehlen. Mit Cremes, die hin und wieder benutzt werden, sei man vorsichtig; nur gute Marken, die nicht ranzig werden, Venicet-Creme und ähnliche sind hier verwendbar.

Damit ist die Kosmetik des Säuglings beendet; es müßten denn Hautanschläge (Ekzeme), Grind usw. sich zeigen, die ärztliche Behandlung erfordern. Viel wichtiger ist die kosmetische Pflege des heranwachsenden Kindes. Gang und Haltung sind zu beachten; wo sie mangelhaft sind, durch gym-

nastische und orthopädische Übungen frühzeitig nachzuhelfen. Die Zähne sind sorgsam zu behandeln, auch die Milchzähne. Daß sie ja doch ausfallen, ist kein Grund, sie zu vernachlässigen; sie können, schlecht, kariös geworden, die kommenden bleibenden Zähne schädigen. Lücken in den Zähnen sind daher zu plombieren, die Zähne und der Mund sind sorgfältig zu spülen und zu putzen. Der Haarpflege ist Zeit zu widmen, Sauberkeit ist vor allem Pflicht; regelmäßige Kopfwäsche mit guter Seife oder guten Haarwässern ist nötig, etwa vorhandene Schuppenbildung ist nach den Grundsätzen zu bekämpfen, die auch für die Haare der Erwachsenen gelten.

Regelmäßige Bäder, Waschung des ganzen Körpers, Pflege der Hände und — Füße samt ihren Nägeln sind frühzeitig einzuführen. Gymnastische Übungen sind auch für gesunde Kinder zweckdienlich. Sie müssen ihnen nur — und das ist wichtig! — spielend beigebracht werden. Sie sollen Freude und Vergnügen daran haben, sie nicht als Arbeit, als Zwang empfinden und widerwillig ausführen. Und dann oft und viel raus an Luft und Sonne!

All das gibt gesunde, körperlich und seelisch frische, kosmetisch erfreuliche Kinder. Was ihnen in der Kindheit angewöhnt ist, behalten sie fürs Leben bei. Fehler im Kindesalter sind, wie sagten es schon, leichter zu beheben als bei ausgewachsenen Menschen. Darum beherzige man den Rat: schon beim Kinde mit der Schönheitspflege zu beginnen.

Dr. Wiedemann

Wenn das Blut dickflüssig wird . . .

Normalerweise hat das Blut einen ganz bestimmten Grad von Flüssigkeit. Früher nahm man an, daß diese Flüssigkeit innerhalb gewisser — ziemlich weiter — Grenzen ohne Schaden schwanken könnte. Heute aber weiß man, daß selbst geringfügige Abweichungen von der Norm schon Schädigungen verursachen können. Der Grad der Dickflüssigkeit des Blutes wird in der Hauptsache durch die Zahl der Blutkörperchen bestimmt, von denen die roten nach ihrer Zahl das Hauptinteresse beanspruchen. Sind in einer gewissen Menge Blut mehr Blutkörperchen enthalten als beim normalen Menschen, wird also das Blut dickflüssiger, so verursacht diese Veränderung eine stärkere Reibung an den Gefäßwänden, und es bedarf einer größeren Kraft, um das Blut durch die Adern zu pumpen. Normales Blut kann leichter durch die Adern gepumpt werden als dickflüssiges und beansprucht eine geringere Herzarbeit. Mit anderen Worten: die Dickflüssigkeit des Blutes ist proportional der Herzarbeit.

Nun gibt es aber auch Zustände des menschlichen Organismus, in denen die Zahl der Blutkörperchen herabgesetzt ist und also eine Art „Dünnflüssigkeit“ des Blutes besteht. Man sollte annehmen, daß solches Blut leicht durch die Adern gepumpt werden könne und keine Mehrarbeit des Herzens erfordere. Das ist auch an sich richtig; aber da der Organismus, um zu leben und zu atmen, auf die Tätigkeit der roten Blutkörperchen angewiesen ist, muß er bei verminderter Zahl der roten Blutkörperchen die ausgefallene Menge durch eine erhöhte Umlaufgeschwindigkeit wieder wettmachen. Es wird also auch bei verhältnismäßiger Dünnflüssigkeit des Blutes das Herz erhöht in Anspruch genommen. Während aber in diesem Fall keine Steigerung des Blutdruckes einzutreten braucht, weil nur die schlechtere Beschaffenheit des Blutes durch größere Geschwindigkeit des Umlaufs ausgeglichen wird, entsteht bei Dickflüssigkeit des Blutes jener Symptomenkomplex, der als Hochdruck oder erhöhter Blutdruck bezeichnet wird.

Der erhöhte Blutdruck, das Ergebnis der gesteigerten Herzarbeit bei vermehrter Reibung an den Gefäßwänden, ist eine der heute am meisten genannten Krankheiten. Daß sie nicht allein durch die vermehrte Reibung in den Gefäßwänden entsteht, sondern durch Kreisen von Stoffwechselgiften in der Blutbahn verstärkt wird, weiß man heute schon bestimmt. Unmittelbar führt diese Dickflüssigkeit des Blutes aber zu jenen Krankheitszuständen, die als Arterienverkalkung bezeichnet werden, und deren weitere Folge Stoffwechselstörungen in allen Organen sind. Nicht eine einzelne Krankheit also, sondern ein Heer von Krankheiten entsteht, wenn die normale Flüssigkeit des Blutes verändert wird. Die Dickflüssigkeit des Blutes ist der Anfang vieler Krankheiten, deren Zusammenhang mit der geringen Abweichung von der Normalflüssigkeit des Blutes dem Laien kaum glaublich erscheint.

Es gibt eine große Anzahl Mittel, die geeignet sind, den Blutdruck herabzusetzen, auch vorübergehend eine Dickflüssigkeit des Blutes zu bessern, jedenfalls die Folgeerscheinungen der Dickflüssigkeit des Blutes in diesem oder jenem Organ zu bessern. Eine grundlegende Besserung und eine Vermeidung aller verderblichen Folgeerscheinungen der Dickflüssigkeit des Blutes kann aber nur durch eine Ernährungsänderung herbeigeführt werden. Entweder reine Frucht-Gemüsekost oder wenigstens ein bis zwei Tage wöchentlich: Früchte-Gemüsetage bringen bei dickflüssigem Blute eine Verdünnung, senken den Blutdruck und bessern auch Folgeerscheinungen an den Körperorganen, die durch die Dickflüssigkeit des Blutes verändert worden sind.

Dr. G. Zidgraf.



Unterhaltung und Wissen



Emma
Ein moralisches Opuskel
 (Schluß.)

Emma war enttäuscht. Wohl sprach Sebastian mit ihr, aber er sprach, ohne zu hören, was sie meinte, wie ein von sich Befessener, und er nahm ihre Opfer, die der Verwöhnten bitter schwer waren, ohne sie zu sehen. Das Leben lehrte sie auf eine tragischere und schlimmere Weise als im Elternhaus zu Zwang und Pflicht.

und Hans kamen rasch in eine Beziehung von heftigem Anstieg und noch schnellerem Abstieg. Emma versuchte mit Hans über seine Arbeit zu sprechen, sie las mehr als je, aber sie konnte es nicht überwinden, daß Hans ihr stundenlang in völliger Sachlichkeit gegenüberlag, von sich noch mehr besessen und rücksichtsloser gegen sie als Sebastian.

Emma trennte sich von Sebastian. Hans verschwand aus ihrem Gesichtskreis. Ihr Leben war einsam, da Sebastian ihr trogte und sie zur Kunst keinen Zugang hatte, ohne die Vermittlung des Mannes. Und bei ihrer Schwester war sie noch fremder geworden als bei dem Gatten. So suchte sie Anlehnung, Freundschaft und im stillen die Liebe.

Ein Bildhauer entdeckte die hübsche Frau. Ein Maler nahm sie ihm weg. Emma lebte in einem unfreundlichen Gefühl, daß das Leben nicht erfüllte, was sie von ihm verlangte, was es zu enthalten schien und geben mußte. Die Frau war dem Maler ein grobes und nicht einmal sehr nötiges Mittel zum Zweck: Material in Kunst und Leben. Sie lachte, tobte und trank mit den Künstlern, gerade so viel und so wenig, als ihr taktischeres Weibtum zuließ; aber sie langweilte sich

FANAL

- Sel jung und bleibe jung!**
- Das Leben fordert viel an Kraft und Willen.**
- Und wer bestehen will, muß aus dem übervollen Strom Begeisterung schöpfen.**
- In keiner Stunde steht das Vorwärtsdrängen still.**
- Sel jung und bleibe jung!**
- Ob auch Enttäuschung, Feigheit dich umlauern —**
- Der Träge nur versteckt sich hinter Duldermauern,**
- Sein Schicksal zu verschlafen.**
- Haft du die Trotzfaust mutig in den Tag gereckt.**
- Sel jung und bleibe jung!**
- Du wirst so Zukunft sehen, neues Tagen —**
- Laß doch die Totenwürmer am Erstarrten nagen,**
- Dein Weg sei Sternbahn!**
- Wirf in den Himmel hoch den Schreibeschwung,**
- Verkünde dich als All — Eins — Geist der Wende**
- Und streue weit die neuen Sehnsuchtsbrände —**
- Sel jung, dann ist das Werk getan!**

Otto Zless

in der alkoholischen Männerlustigkeit und fast noch in den liederlichen und nebensächlichen Umarmungen.

Da endlich entschloß sich Emma, zurückzukehren in ihr elterliches Haus. Und wer glaubt, daß sie eine sentimentale Gans war, ist im Unrecht, denn ihr Überschwang war keine Illge, ihr Verlangen, in der Sphäre der Kunst zu leben, war echt und natürlich. Freilich, sie suchte nicht die Kunst für sich allein, sondern den Mann der Kunst: den Künstler. Was sie aber bei allen ihren Abenteuern nicht fand, das war der Mann, der dafür gelebt hätte, seine künstlerischen Mächte und alle Gaben seiner Seele für sie und mit ihr zu verschwenden. War das Leben, war Spannung des Lebens nicht Zweck an sich? Doch ein jeder der Männer drehte sich im Werk allein um sich, um den Ausdruck seines Selbst. Und alle Schätze der Produktivität verzehrten sie selbst, und ihre Arbeit schloßte noch ihre Menschlichkeit obendrein. Nichts blieb übrig für die Frau, die nur von den Gaben des Überflusses lebt und die arm ist für sich allein.

So lehrte Emma in ihr Elternhaus zurück und heiratete einen Honigkuchenfabrikanten, der ihre künstlerischen Interessen bewunderte und sie anbetete.

Wie heiß sind die Sterne?

Im Observatorium auf dem Mount Wilson in den Vereinigten Staaten besitzen zwei Gelehrte, Pettit und Nicholson, einen außerordentlich empfindlichen Apparat, um das von den Sternen ausgestrahlte Licht zu messen. Sie vereinigen es durch Linsen auf die Spitze zweier Metalldrähte. Fällt ein Strahl des Sternenlichts auf diese Stelle, so entsteht in ihr ein Strom von der Stärke eines siebenmillionstel Ampere. Mit einem Galvanometer kann man feststellen, daß dieser Strom eine Erwärmung um einen hunderttausendstel Grad hervorruft. Viele von den Sternen kommende Strahlen — nämlich die kurzwelligen — werden von der Atmosphäre absorbiert. Bei einem Stern von 4500 Grad gehen 30 Prozent, bei solchen von 1900 Grad 50, bei solchen von 10 000 Grad 60, bei 15 000 Grad 79 und bei 20 000 Grad 98 Prozent der Strahlen verloren. Stark rote Himmelskörper wie der Stern Alpha im Herkules haben 23 000 Grad, mittelrote wie Antares 27 000 Grad, Alpha im Schwan 10 000 Grad, die hellsten, blauweiß leuchtenden Sterne 12 000 Grad Wärme. Bei den hellsten Sternen entspricht die Wärmestrahlung, die auf den Apparat fällt, der Helligkeit des Lichts; bei den gelben Sternen überwiegen die Wärmestrahlung die sichtbaren Lichtstrahlen, von denen ein großer Teil durch die Atmosphäre absorbiert wurde.

Das Herz im Lautsprecher.

Medizinische Reportage von Mag. Ed. Troll.

Das kühnste Herz.

„Dupp . . . Dupp!“ Das Geräusch ertönt aus einem Lautsprecher, der an der Wand hängt.

Keine Radiostation vermittelt uns diese Töne.

„Dupp . . . Dupp“ ist der Ton, der uns das Schlagen eines menschlichen Herzens anzeigt.

Wir sitzen im Hörraum eines medizinischen Lehrinstitutes, das sich das Diagnostizieren und Beobachten der Herzkrankheiten zum Spezialstudium erkoren hat.

Der Professor gibt ein Zeichen nach den Räumen, die ein Stockwerk tiefer liegen.

Dort liegt ein Patient auf einem Liegestuhl. Ein feines Mikrophon ruht auf der Herzgegend. Ein Verstärker gibt den Herzton tausendfach verstärkt weiter zu uns im ersten Stock. Und der Lautsprecher macht laut „Dupp . . . Dupp“.

Ein Zeichen des Professors. Wir hören nun ein sogenanntes alternierendes Herz.

Das „Dupp . . . Dupp“ klingt nun nicht mehr gleich laut. Das erste Dupp ist laut, der zweite Herzschlag ist trotz tausendfacher Verstärkung auch im Lautsprecher kaum vernehmbar.

Dieses Herz ist schon angekränkt. Wieder ein Zeichen des Professors.

Wir hören das Herz einer schwerkranken Frau. Kein regelmäßiges und kein unregelmäßiges „Dupp . . . Dupp“ hören wir mehr.

Ein beängstigendes Gurgeln bringt aus dem Lautsprecher. Die Herzöne entstehen durch das Eindringen in und durch das Ausstoßen des Blutes aus dem Herzen.

Bei dieser schwerkranken Frau klingen die Herzöne wie ein Bach, dessen Wasser über viele Steine hinwegspringen muß.

Armes Herz!

Wir haben tiefes Mitleid mit dieser schwerkranken Frau, die wir nicht sehen und nicht kennen. Die einen Stock tiefer sich diagnostizieren läßt.

Und wir fühlen unbewußt im Hörraum an unser eigen Herz, ob es „Dupp . . . Dupp“ macht oder „Guggelug . . . rumm . . . Guggelug . . . Gluck . . . Gluck!“

Wir wollen nachprüfen, ob wir unserem vielgeplagten Herz doch nicht allzuviel zugemutet haben.

Das photographierte Herz.

Mit dem Herrn Professor gehen wir dann einen Stock tiefer, wo die feinen Apparate zur Messung der Herzschläge sich befinden.

Alle möglichen Instrumente sind hier aufgestellt. Röntgenapparate fehlen selbstverständlich nicht.

Dann gibt es aber noch einen Elektrokardiograph, der genau die Bewegungen des Herzens aufzeichnet.

Beobachten wir mit einem starken Vergrößerungsglas die Muskelpartien über dem Herzen, so bewegen sich die Muskeln wie stärkere und kleinere, höhere und tiefere Wellen.

Diese Erschütterungen des Körpers werden durch einen Apparat aufgezeichnet, photographiert.

Auf solchen Photos sehen wir genauestens alles für den Arzt Sehenswerte für die richtige Diagnose aufgezeichnet.

Jeder Herzschlag ist individuell.

Also ist auch jedes Herzphoto individuell.

Die aufgezeichneten Linien zeigen genau, wann der Herzschlag einsetzt, in welchen Zwischenräumen und wie stark.

Unregelmäßige Wellenlinien, etwa wie sie der Statistiker zur Erläuterung wirtschaftlicher Probleme zeichnet, geben das genaue Bild unseres Herzens.

Unser Herzphoto als Steckbrief.

Unser Professor meint:

„Diese Herzphotos sind für die Wiedererkennung eines Menschen so zuverlässig wie der von den Kriminalisten angewandte Daumenabdruck!“

Die maßvollste Medizin.

Maschinen sind zuverlässiger als Menschen!

Sie sind von keiner Laune abhängig.

Sie registrieren objektiv und unbarmherzig.

Das Abhören der Herzöne z. B. durch das Ohr des Arztes kann nie so genau sein, wie es das Mikrophon und der Lautsprecher wiedergeben.

Photogramme des Herzens zeigen vergleichend präzise die Entwicklung der Krankheit.

Daher wird auch die Medizin zur Diagnose, zur Beobachtung des Krankheitsverlaufes sich keiner Meßinstrumente und subtiler Maschinen nicht mehr entzogen können.

Ein Gang durch ein solches Institut zeigt uns dies alles in aller Deutlichkeit.

Und wir lernen wieder, wenn wir es bereits vergessen haben, wie kompliziert unser Körper ist, in dem sich ein Wunderwerk der Natur an das andere reiht.

Bewundernd stehen wir aber auch nach einem solchen Rundgang durch ein medizinisches Institut vor der Kunst der Ärzte und neigen uns ehrfurchtsvoll vor dem Erfindergeist der Technik und der Wissenschaft, die mit allen Kräften bemüht ist, der leidenden Menschheit zu helfen, so weit es in des Menschen Kraft steht.



Emmas leicht schlummernde Phantasie erwachte. In den Nächten dachte sie, wer diese Frau sein könnte, die die wilden Verse inspiriert habe, und sie wünschte sich einmal Ausdruck und Inhalt solcher Erhebung zu sein. Die Arme wie konnte sie wissen, daß die Frau der Gedichte nicht er und niemals sein wird; daß der Ton, einmal angeschlagen, um seiner selbst willen gefangen, emporgeschneit und wieder zurückgeholt ward aus der überschwenglichen Lust des Bildens.

Hans war kein Mann der Frauen. Auf jähe und ganz kurze Kapriolen folgten Abwehr und eiserne Kälte. Emma

